

Statement zur Anhörung der Koalitions- verhandlungen zwischen CDU und FDP am 26.04.2006

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Oettinger, sehr geehrte Frau Homburger, sehr geehrte Damen und Herren,

da wir Beteiligung von gesellschaftlichen Gruppen an politischen Entscheidungen als sehr wichtiges Thema betrachten, gratuliere ich Ihnen zu der Idee dieser Anhörung. Gerne stelle ich Ihnen die Überlegungen des Landesjugendrings als Interessensvertretung von Kindern und Jugendlichen zum Demographischen Wandel dar. Der Landesjugendring hat sich intensiv in der Begleitung der Enquetekommission engagiert. Wir haben die Kommission im Landtag zum Anlass genommen, einen Bauplan zur Gestaltung der Zukunft zu entwerfen. Dieser Bauplan enthält Forderungen zu elf Themenfeldern, die aus Sicht der jungen Generation für die Zukunftsfähigkeit und die künftigen Lebensbedingungen in unserem Bundesland entscheidend sind. Einen Tag vor der Landtagswahl hat die Vollversammlung des Landesjugendrings diesen Bauplan Zukunft verabschiedet. Neben den drei Punkten Bildung, Beteiligung und öffentliche Haushalte, auf die ich im Folgenden etwas näher eingehen werde, enthält er unter anderem Ausführungen zu den Themenbereichen Integration, Geschlechtergerechtigkeit und Ökologie, die am heutigen zwanzigsten Jahrestag des Tschernobyl-Unglücks besonders hervorzuheben ist. Den gesamten Bauplan Zukunft stelle ich Ihnen gerne für Ihre weiteren Beratungen des Koalitionsvertrages zur Verfügung. Nun zu den drei angesprochenen Punkten:

1. Bildung

Demographischer Wandel bedeutet, dass weniger junge Menschen in Zukunft ein höheres Bruttosozialprodukt erzielen müssen, um die Gesellschaft finanziell am Leben erhalten zu können. Das bedeutet zweierlei: Wir können es uns in Zukunft noch weniger erlauben, Bildungsverlierer zu produzieren, die ohne Schul- oder Berufsabschluss keine Chance auf ein geregeltes Einkommen haben. Zweitens muss unser Bildungssystem so gestaltet werden, dass junge Menschen ihre Potentiale und ihre Kreativität entdecken und lernen, diese sinnvoll für sich selbst und die ganze Gesellschaft zu entwickeln. Um dies erreichen zu können, braucht es aus unserer Sicht eine bessere Verzahnung von verschiedenen Bildungsorten und verschiedenen Bildungsarten. Der Jugendbegleiter kann diese Verknüpfung vorantreiben, wir brauchen aber eine weitere Stärkung der außerschulischen Jugendbildung, um auch außerhalb des Unterrichts gute Bildungschancen für junge Menschen bereit zu stellen. Wir schlagen die Umwidmung von 30 LehrerInnenstellen in 30 BildungsreferentenInnenstellen in der Jugendarbeit vor. Außerdem plädieren wir zur fachlichen und politischen Zusammenschau der vielen guten Entwicklungen in der Bildungslandschaft in Baden-Württemberg für die Einrichtung einer Enquetekommission für Bildung, Erziehung und Betreuung.

2. Öffentliche Haushalte

Der Abschlussbericht der Enquetekommission enthält relativ bedrückende Zahlen zur Entwicklung der Pensionsverpflichtungen des Landes. Damit kommt neben den Folgen der Verschuldung eine weitere große Last auf die nachwachsende Bevölkerung zu. Die Zahlen sind dabei so drastisch, dass wir in der nächsten Legislaturperiode auch drastische Entscheidungen für erforderlich halten. Dabei denken wir an die Einbeziehung der Beamten in die Rentenversicherung oder aber die starke Eingrenzung des Beamtentums auf wenige hoheitliche Aufgaben. Wir können uns gut Schulen ohne verbeamtete Lehrerinnen und Lehrer vorstellen. Die Ergebnisse von Sachsen bei den PISA-Studien zeigen, dass das Beamtentum der Lehrerinnen und Lehrer keine zwingende Voraussetzung für guten Unterricht darstellt. Und Sachsen wird ja schon jetzt um die Perspektive seiner Haushaltsplanung beneidet, da es darauf verzichtet hat, Lehrerinnen und Lehrer zu verbeamten. Hier erwarten wir eine deutliche Aussage im Koalitionsvertrag!

3. Beteiligung

Demographischer Wandel bedeutet, dass es in Zukunft immer weniger junge, dafür aber noch mehr ältere Menschen geben wird. Dies hat zur Konsequenz, dass politische Willensbildung in die Gefahr gerät, zunehmend die Perspektive der jungen Generation aus den Augen zu verlieren. Ganz zentral denke ich dabei auch an die Wahlen. Schon heute werden Wahlen von den älteren Menschen entschieden, da ihre Zahl größer ist als die der jungen, die unter 18-Jährigen ausgeschlossen sind und die Älteren mehr zur Wahl gehen. Aus diesen und anderen Gründen schlagen wir vor, das Wahlrecht auf 14 Jahre abzusenken. Damit gäbe es nicht nur etwas mehr Gerechtigkeit in diesem Land, sondern das Kinderland Baden-Württemberg würde eine deutliche Kontur erhalten. Die Idee des Kinderlandes darf sich nicht darauf beschränken, bessere Betreuung zu organisieren: Ein Kinderland ist mehr als ein Elternland! Es muss auch dazu führen, dass Kinder und Jugendliche etwas zu sagen haben: bei Wahlen und über die direkte Beteiligung an allen sie betreffenden Fragen vor Ort. Die Jugendhilfeausschüsse sind Orte, wo zumindest die Jugendorganisationen direkt beteiligt sind. Diese haben sich bewährt und müssen auch dann erhalten bleiben, wenn das Land nach einer möglichen Grundgesetzänderung über die Strukturen der Jugendhilfe entscheiden kann.

Nicht zuletzt würde das Kinderland durch eine Wahlalterabsenkung und die direkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auch außerhalb von Baden-Württemberg die Aufmerksamkeit finden, die es verdient.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit,

Berthold Frieß
Vorsitzender